

Entwicklungsländern selbst. Stammeskämpfe, Korruption, Mangel an Mitwirkungsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten, Ausbeutung der Ressourcen zur persönlichen Bereicherung der politischen Führungseliten sind und bleiben eine der Hauptursachen des Hungers. „Wo Despoten herrschen, Kriege wüten und die Gesellschaft zerfällt, kann Hunger nicht mit einer Ausweitung der bebaubaren Flächen, einer Erhöhung der Hektarerträge oder den Ausbau von Bewässerungsanlagen bekämpft werden“ (Klaus Leisinger in „Die Zeit“, 8.11.96). Dritter Punkt: Der Ausbau der *Landwirtschaft*, die Entwicklung zweckentsprechender Infrastrukturen für Produktion und Vermarktung in der Dritten Welt wurde bislang von vielen Entwicklungsländern selbst sträflich vernachlässigt und von den Industrieländern nicht ausreichend gefördert. Man gab der industriellen Entwicklung den Vorzug. Wo man auf die Landwirtschaft setzte und der nötige politische Wille dafür vorhanden war, ergaben sich damit durchwegs auch bessere Voraussetzungen für den industriellen Aufstieg. Die asiatischen Schwellenländer liefern dafür gute Beispiele.

Alle diese „Erkenntnisse“ sind uralte und jedem zugänglich, der sich ihnen nicht willentlich verschließt. Aber ihre übereinstimmende Betonung jetzt zeigt, daß Realismus in der Einschätzung des Problems im Wachsen ist. Im übrigen: Es ist schon angesichts der explosiven Bevölkerungsentwicklung in vielen Dritte-Welt-Ländern, die mindestens so sehr Folge von Armut wie Ursache von Armut und Hunger ist, ziemlich illusorisch zu meinen, der endgültige Sieg über den Hunger ließe sich in berechenbarer Zeit erreichen.

Aber immerhin übertreffen die Länder mit abnehmender die Zahl derer mit zunehmender Unterernährung. Es zeigt sich, daß – der entsprechende Durchsetzungswille vorausgesetzt – selbst ärmste Länder Afrikas (Beispiel: Tansania) deutliche Fortschritte machen, während Länder mit dezidiert „neoliberaler“ Marktwirtschaft (Beispiele in Lateinamerika: Chile und Peru) zurückfallen. se

Kirchen: Warten auf das Sozialwort

Im Frühjahr dieses Jahres soll das gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland veröffentlicht werden. EKD-Synode und Bischofskonferenz haben Ende 1996 die Richtung für letzte Redaktionsarbeiten und eine weitere Redaktionsgruppe bestimmt.

An sich ist der hohe Erwartungsdruck, unter dem die verschiedenen Entwürfe des gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland entstehen und schon entstanden sind, erfreulich und selbst schon Teil der Erfolgsgeschichte des für beide Kirchen völlig neuen Unterfangens: Gleich ob es sich um Denkschriften der EKD, um Stellungnahmen aus deren „Kammern“ oder Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe handelte, nie zuvor war der Veröffentlichung eines offiziellen kirchlichen Dokuments in Deutschland eine Konsultationsphase vorgelagert. Nie zuvor wurde ein solches Wort unter dem skeptischen Blick einer so breiten Öffentlichkeit und unter so reger Beteiligung kirchlicher, gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen verfaßt.

Die Erwartungen verlangen einen Spagat

Jedoch hat nicht erst die Berliner Bilanz-Veranstaltung im Februar 1996, mit der die Konsultationsphase offiziell beendet wurde (Vgl. HK, März 1996, 123 ff.), gezeigt: Das endgültige Wort der Kirchen wird diesen enormen Erwartungen von seiten der (Medien-)Öffentlichkeit, vor allem aber von seiten derer, die sich in insgesamt 2500 Eingaben und unzähligen Veranstaltungen am Konsultationsprozeß beteiligt haben, nicht gerecht werden können.

Weit liegen in den – mittlerweile auf

einer CD-ROM dokumentierten – Stellungnahmen und Eingaben die Analysen zur gegenwärtigen sozialen Situation auseinander. Klage wurde von Vertretern kirchlicher Verbände und Gruppierungen über den tiefen Riß zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft ebenso geführt wie über die fehlende Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung, das Anspruchsdenken einer Lobby- und Interessengruppengesellschaft.

Zu unterschiedlich waren auch die Meinungen darüber, welchen Charakter das Papier haben sollte, welche Rolle damit die Kirchen in der aktuellen politischen Debatte spielen sollen: Prophetischen Einspruch, offensives und in den politischen Postulaten möglichst konkretes Eintreten für Arme und Benachteiligte forderten die einen, unter ihnen viele, die im kirchlichen Auftrag mit Alleinerziehenden, Obdachlosen und Arbeitslosen arbeiten. Andere wünschten sich ein visionäres Wort in bezug auf einen künftigen neuen Gesellschaftsvertrag, Zukunftsweisendes für eine über nationale Grenzen agierende Gesellschaft, für eine neue Verständigung über Wert und Verteilung der Erwerbsarbeit in einer „postindustriellen“ Arbeitsgesellschaft. Vor allem die kirchlichen Frauenverbände und -gruppen haben hierauf während und nach der Konsultationsphase gedrängt. Andere erwarten durch die unterstellte moralische Autorität der Kirchen Unterstützung für unpopuläre politische Forderungen und Maßnahmen zum

Um- und Abbau des Sozialstaates, bei der Schleifung überkommener sozialer Besitzstände. Nicht visionär, sondern realistisch-pragmatisch, insbesondere aber zurückhaltend gegenüber konkreten Vorschlägen und Rezepten sollte das Kirchenwort sein.

Ebenfalls nicht erst in Berlin, erst recht aber danach, versuchten die Kirchenleitungen, besonders die für den Konsultationsprozeß und die weitere Textarbeit Verantwortlichen – der Hildesheimer Bischof *Josef Homeyer* und der Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD, *Hermann Barth* – die Erwartungen zu dämpfen und Mißverständnissen vorzubeugen. Der Textentwurf, mit dem eine achtköpfige, von einem „Beirat“ assistierte Autorengruppe nach Berlin beauftragt wurde, könne und solle kein Extrakt aus den Stellungnahmen und Eingaben sein. Gleichwohl sollten die Ergebnisse der Konsultationsphase in den zu erarbeitenden Text einfließen.

Es blühen die Spekulationen

Erfolg und Ziel des Konsultationsprozesses dürften nicht an dem „Wort“ gemessen werden, es selbst solle nicht das „letzte Wort“ zu dieser hochaktuellen Problematik sein. Die etwas abgegriffene Formel vom Weg, der das Ziel sei, wurde noch und noch bemüht. Indem es gelungen sei, eine Plattform für einen so regen Meinungsaustausch geboten, Allianzen gestiftet und Gespräche überhaupt erst ermöglicht zu haben, sei das Unternehmen Konsultationsprozeß vollauf geglückt. Die von Beobachtern bald nach Berlin ins Spiel gebrachte Frage, ob es denn nun überhaupt noch eines abschließenden Wortes durch die „Hirten“ bedürfe, wiesen die Kirchenleitungen dabei ebenso zurück wie den Vorschlag, auch über das Wort selbst noch einmal in einem über Rat und Bischofskonferenz hinausgehenden Kreis zu beraten.

Auch wenn demnach klar war, daß das weitere Prozedere zur Erarbeitung des Wortes weniger transparent und öffentlich sein und wieder ganz in der

Verantwortung der Kirchenleitungen liegen sollte, war eine Dynamik in Gang gesetzt, die sich so leicht nicht stoppen ließ. Ihr mag es zuzurechnen sein, daß seit Berlin die Spekulationen über das künftige Wort nicht abgerissen sind. Diese wiederum haben, fast war dies nicht anders zu erwarten, auch schon Vorausveröffentlichungen einzelner Entwurfspassagen und eine lebhaft kommentierte Einzelzitate provoziert, selbstverständlich auch das Dementi der Verantwortlichen, noch könne gar nichts gesagt werden, da die Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien.

Anfang November dokumentierte die „Westfälische Rundschau“ Passagen aus einem vom September datierenden Entwurf und kommentierte, das Kirchenwort gerate wohl „relativ unverbindlich und politisch eher konservativ“. Die „Frankfurter Rundschau“ wußte von Begriffen und Passagen zu berichten, die aus dem Entwurf der nach Berlin konstituierten Autorengruppe herausgestrichen oder in ihrer Deutlichkeit abgeschwächt worden seien. Die redaktionelle Bearbeitung durch die Kirchenleitungen ließen „Kurskorrektur“ vermuten.

In der durch den Konsultationsprozeß ausgelösten Dynamik wurden aber auch die Spitzenvertreter beider Kirchen in ihren Äußerungen zur aktuellen Standort- und Sozialstaatsdebatte beargwöhnt. Die jeweilige Position ließ entweder Schlimmes für das Sozialwort befürchten oder bekräftigte Hoffnungen, dieses werde den hohen Anforderungen doch noch gerecht: Segen oder doch leisetreterische Zustimmung für die Position der Bundesregierung, für die Interessen des Arbeitgeberlagers oder von Sachkompetenz ungetrübte Sozialromantik, die Kirchen eingespannt vor den Karren von Gewerkschaften, anderen Lobbyisten und der Bonner Opposition?

Blauäugigkeit gegenüber den Instrumentalisierungs-Versuchen durch letztere mußten sich die Vorsitzenden des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vorwerfen lassen, weil sie an dem von Wohlfahrtsver-

bänden und Gewerkschaften gemeinsam veranstalteten Sozialgipfel Ende April teilgenommen hatten (vgl. HK, Juni 1996, 275 f.). Umgekehrt wurde die vorsichtige Distanzierung Lehmanns von den Positionen der Veranstalter im Anschluß an den Sozialgipfel als Einknicken vor dem Regierungslager kommentiert.

Wenig Gutes für das gemeinsame Wort der Kirchen ließ für einige auch die Schlußerklärung des Hildesheimer Katholischen Kongresses vermuten, auch wenn hier nicht die Bischofskonferenz, sondern das ZdK verantwortlich zeichnete (vgl. HK, Oktober 1996, 501 ff.). Von der Erklärung und dem Kongreß überhaupt hatte man sich entschiedene Kritik oder zumindest eine deutliche Position gegenüber dem zeitgleich zum Kongreß im Bundestag verabschiedeten „Gesetz für Wachstum und Beschäftigung“ erhofft.

Die Kassandrarolle übernahmen dabei besonders Vertreter der KAB, die sich auch im Verhältnis zu anderen kirchlichen Verbänden und Gruppierungen den Diskussionsaufruf zum Konsultationsprozeß überdurchschnittlich zu eigen gemacht hatte. Zuletzt das Referat von Bischof Lehmann bei der Herbstvollversammlung Ende September in Fulda (vgl. HK, November 1996, 591) stieß beim KAB-Bundesvorsitzenden auf heftige Kritik. Lehmann hatte eine sehr grundlegende, theologisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Armut ins Zentrum seines Eröffnungsreferates gestellt und die Kirche gemahnt, in einer Situation, in der es immer auch schon um elementare Alternativen der gesellschaftlichen Gestaltung gehe, gebe es kein behütetes Plätzchen, das außerhalb jeder Politik und Kritik läge.

Zugleich wandte sich der Mainzer Bischof aber auch gegen die Rede vom Abbau des Sozialstaates, wenn gewisse Ansprüche auf Sozialleistungen nicht mehr erfüllt werden könnten. *Karl Nothof* monierte, die Äußerungen Lehmanns seien mißverständlich und zu wenig entschieden, zeigten etwas zuviel Verständnis für das Sparpaket der Bundesregierung; die Bischöfe könn-

ten „nicht auf beiden Seiten der Barrikaden kämpfen“.

Beim Bundesverbandstag der KAB im Oktober letzten Jahres drohte Nothof, wenn das Sozialwort der Kirchen allzu leisetreterisch ausfalle, konkret die Option für die Armen und Schwachen abgeschwächt werde, überlege die KAB die Abfassung eines „Herdenworts“; Nothof spielte mit diesem Begriff auf die Terminologie der „Wir-sind-Kirche“-Bewegung in Österreich an, die zeitgleich einen „Herdenbrief“ zum Thema „Liebe-Eros-Sexualität“ veröffentlicht hatte. Als „peinliches Störmanöver“ quittierte das Sekretariat der Bischofskonferenz diese Androhung.

Ein Konkurrenzunternehmen zu dem Wort der Bischöfe betreiben zu wollen, wies bei der letztjährigen Herbstvollversammlung die Präsidentin des ZdK, *Rita Waschbüsch*, entschieden zurück. Aber auch das ZdK arbeitet an einer Erklärung zu den mit der Debatte um Um- oder Abbau des Sozialstaates angesprochenen Problemen und Fragen. Der Geschäftsführende Ausschuß des Laiengremiums hat dazu eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von ZdK-Vizepräsident *Werner Remmers* berufen.

Keine ungeteilte Zustimmung bei den Bischöfen

Der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz und der Anfang November auf Borkum tagenden Synode der EKD (vgl. HK, Dezember 1996, 600f.) lag eine von Barth und Homeyer dem Vernehmen nach gründlich überarbeitete Fassung des Entwurfes vor; schon die Autoren und ihr Beirat hatten mehrere Versionen diskutiert. Aus deren Reihen war wiederum gelegentlich die Klage zu hören gewesen, daß vor der eigentlichen Schreibearbeit das dem Text zugrundeliegende Konzept stärker geklärt hätte werden müssen. Bei der Zusammensetzung der Autorengruppe und des Beirates wäre mehr Zeit notwendig gewesen, um einen homogenen und in seiner Grund-

legung wie Zielrichtung klaren Text zu erhalten. Ein Teil der Spekulationen und Verdächtigungen gegenüber dem gegenwärtigen Redaktionsprozeß mag auch daher rühren, daß von außen kaum mehr nachzuvollziehen ist, wer alles „beratend“ und „unterstützend“ an den verschiedenen Phasen mitgearbeitet hat.

Bei der Bischofskonferenz fand dem Vernehmen nach der vorgelegte Entwurf keineswegs nur ungeteilte Zustimmung. Angestoßen hatte den Prozeß – der dann wohl auch für die Initiatoren selbst überraschend eine solche Dynamik von der Einbindung der evangelischen Kirchen bis hin zu den 2500 Stellungnahmen des Konsultationsprozesses entwickelt hat – der Hildesheimer Bischof und Vorsitzende der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und soziale Fragen, *Josef Homeyer* (vgl. HK, Dezember 1993, 598f.).

Spätestens mit der Diskussion auf der Herbstvollversammlung sollten und müssen sich nun alle Bischöfe Anliegen und Text zu eigen machen, trägt doch die Bischofskonferenz als ganze die Verantwortung für das endgültige Wort. Das Meinungsspektrum zur aktuellen Debatte über Um- oder Abbau des Sozialstaates aber, die konkreten Folgen der unumstritten bekannten Option für Armé und Schwache dürfte dabei innerhalb der Bischofskonferenz ähnlich weit sein wie unter kirchlichen Verbänden und Organisationen.

Im Pressecommuniqué der Herbstvollversammlung wurden einige der Punkte genannt, bei denen sich die Bischöfe Verbesserungen am Entwurf wünschen: Das christliche Menschenbild solle stärker als Ausgangspunkt profiliert, Bedeutung und Stellenwert der Familie noch intensiver akzentuiert und kritische Phänomene deutlicher benannt werden; zu diesen zählten Besitzstandsdenken, Rückgang der Leistungsbereitschaft, die Ausuferung der Verschuldung der öffentlichen Hand, die Frage nach der möglichen Beteiligung der sozial Schwachen und der Mangel an wirksamen Steuerungsmechanismen. Wie aus

berufenem Munde zu erfahren war, soll der Hauptakzent des Wortes auf der Erhaltung, Förderung und Ermöglichung einer auch künftig konsensorientierten politischen Debatte liegen, auf dem auch weiterhin an Konsens und sozialem Frieden orientierten gesellschaftlichen Diskurs.

Eine weitere Redaktionsgruppe wird sich nun des Textes annehmen. Von katholischer Seite gehören ihr der Rottenburg-Stuttgarter Bischof *Walter Kasper* und der Essener Weihbischof *Franz Grave*, von evangelischer die Ratsmitglieder *Hans-Martin Linne-mann*, *Barthold C. Witte* und (korrespondierend) *Richard Schröder* an.

In seinem Bericht an die Synode in Borkum gab der Ratsvorsitzende, Landesbischof *Klaus Engelhardt*, der Redaktionsgruppe auf den Weg, die Kirchen müßten in dem Wort erkennbar sein als „Anwälte des Erbarmens und der Gerechtigkeit“. Es dürfe aber weder ein weiteres Sachverständigengutachten noch ein alternativer Jahreswirtschaftsbericht entstehen. Ebenso wenig solle es sich dem Vorwurf aussetzen, „den heißen Themen auszuweichen und in Allgemeinplätze zu flüchten“.

Engelhardts erstem Anliegen scheint bereits entsprochen: Der aktuell diskutierte Entwurf soll in seinem analytischen Teil deutlich gekürzt worden sein. Die vom badischen Landesbischof geäußerte Befürchtung dagegen, die Kirche flüchte in allzu Allgemeines, in Prinzipielles und Prinzipienhaftes, wird nicht so leicht zu entkräften sein; umgekehrt droht bei allzu genauer Arbeit am Detail der Vorwurf, parteipolitischer Vereinnahmung erlegen zu sein.

Bedauerlich wäre es in jedem Fall, wenn das Experiment zu einer neuen Form kirchlicher Sozialverkündigung in gegenseitigen Verdächtigungen, Vorwürfen, in allzu großer Ängstlichkeit vor einer eigenen, exponierten Stellung der Kirche in der Gesellschaft unterginge. Denn in Berlin hatten die Bischöfe versprochen, das Verfahren werde stilbildend sein und kein Einzelfall bleiben. A. F.